

Jahresabschluss 2013

Lagebericht des Vorstands

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

Inhaltsverzeichnis

I. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS.....	4
I.1. GESCHÄFTSMODELL DES UNTERNEHMENS	4
I.2. FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG	5
II. WIRTSCHAFTSBERICHTE	7
II.1. BETRIEBSZWEIG ABWASSERBESEITIGUNG	7
II.1.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen.....	7
II.1.2. Geschäftsverlauf	8
II.1.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken	9
II.1.4. Lage	10
II.1.5. Finanzielle Leistungsindikatoren	11
II.2. BETRIEBSZWEIG ABFALLBESEITIGUNG	11
II.2.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen.....	12
II.2.2. Geschäftsverlauf	13
II.2.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken	15
II.2.4. Lage	17
II.2.5. Finanzielle Leistungsindikatoren	18
II.3. BETRIEBSZWEIG STRAßENREINIGUNG.....	18
II.3.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen.....	18
II.3.2. Geschäftsverlauf	18
II.3.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken	19
II.3.4. Lage	20
II.3.5. Finanzielle Leistungsindikatoren	21
II.4. BETRIEBSZWEIG BAUHOF.....	21
II.4.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen.....	21
II.4.2. Geschäftsverlauf	22
II.4.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken	24
II.4.4. Lage	25
II.4.5. Finanzielle Leistungsindikatoren	26
II.5. BETRIEBSZWEIG PROJEKTENTWICKLUNG LANDESGARTENSCHAU	26
II.5.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen.....	27
II.5.2. Geschäftsverlauf	27
II.5.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken	28
II.5.4. Lage	28
II.5.5. Finanzielle Leistungsindikatoren	29
III. NACHTRAGSBERICHT	29

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

IV. ALLGEMEINER PROGNOSEBERICHT, CHANCEN UND RISIKOBERICHT.....	29
V. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN	30
VI. BERICHT ÜBER ZWEIGNIEDERLASSUNGEN.....	31

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

I. Grundlagen des Unternehmens

I.1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau (EWL) ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz. Er wurde zum 1.1.2009 aus den vormaligen Entsorgungswerken Landau gegründet. Überwiegend sind der Anstalt hoheitliche Aufgaben übertragen. Somit steht nicht die Gewinnmaximierung im Vordergrund, sondern die Steigerung des Gemeinwohls zu günstigen Preisen. Für die meisten Dienstleistungen besteht ein Anschluss- und Benutzungszwang, somit ist der EWL als Monopolist tätig. Diese sind in der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts vom 9.12.2008, zuletzt geändert am 1.4.2014, definiert.

Im Jahr 2013 umfasste der EWL fünf Betriebszweige

- I Abwasserbeseitigung
- II Abfallbeseitigung
- III Straßenreinigung
- IV Bauhof
- V Projektentwicklung Landesgartenschau.

Für jeden Betriebszweig wird eine gesonderte Buchhaltung, Bilanz und Kosten- und Leistungsrechnung geführt.

Funktional gliedert der EWL sich in fünf Abteilungen

- 1 Verwaltungsabteilung
- 2 Abteilung Abfallwirtschaft- und Straßenreinigung
- 3 Abteilung Abwasserbeseitigung
- 4 Bauhof
- 5 Projektabteilung

Geführt wird die Anstalt durch einen Vorstand. Den Abteilungen steht jeweils ein Abteilungsleiter vor. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beläuft sich auf 100 Personen. Hauptsächlich werden die Beschäftig-

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

te gemäß dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) entlohnt, bei 5 Beamten. Ein Großteil der Beschäftigten gehört dem gewerblichen Teil des Bauhofs an.

Der EWL hat folgende Standorte:

- Hauptsitz, Friedrich-Ebert-Straße 5 in Landau
- Bauhof, Albert-Einstein-Straße 18 in Landau
- Kläranlage Landau-Mörlheim, Am Hölzel 32
- Müllumschlaganlage / Wertstoffhof, Am Hölzel 16
- Wiegestation und Bauschuttrecyclinganlage, Am Hölzel 24
- Dienstleistungszentrum am Park (DiZaP), Georg-Friedrich-Dentzel-Straße 1

Weitere Standorte ohne dauerhafte Personalbesetzung sind neben vielen Regenrückhaltebecken:

- Pflanzenkläranlage Taubensuhl
- Deponie Arzheim
- Deponie Am Roten Weg

Die erbrachten Dienstleistungen und notwendigen Geschäftsprozesse werden in den nachfolgenden Unterabschnitten konkreter beschrieben.

I.2. Forschung und Entwicklung

Im Rahmen der Satzungsänderung am 11.04.2014 wurde die Anstalt ermächtigt, einen Betriebszweig Service zu gründen. Zweck des Betriebszweiges ist es, die interne Verrechnung transparenter darzustellen und die Steuerung zu erleichtern. So sollen alle Querschnittsdienstleistungen (z. B. Buchhaltung, Gebührenabrechnung, Dienstgebäude) in diesem Betriebszweig gebündelt werden. Vorgesehen ist es, den Betriebszweig zum 1.1.2015 zu gründen.

Die demografische Entwicklung der Stadt Landau ist noch entgegen dem Landestrend positiv. Bedingt durch die Universität Koblenz-Landau ist das Durchschnittsalter im Vergleich zum Durchschnitt in Rheinland-Pfalz noch relativ niedrig. Aber es ist eine deutliche Zunahme der Bevölkerung mit einem Alter von über 70 Jahre zu erkennen. Außerdem nimmt die durchschnittliche Anzahl der Personen eines Haushaltes weiter ab, der Trend zu Single-Haushalten ist ungebrochen.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

Die Reduzierung der CO₂-Emission ist eine wichtige gesellschaftliche Herausforderung, der sich der EWL stellt. Im Rahmen von Investitionen und Beschaffungen wird wo möglich die Energieeffizienz und CO₂-Emission als Bewertungskriterium neben dem Preis herangezogen.

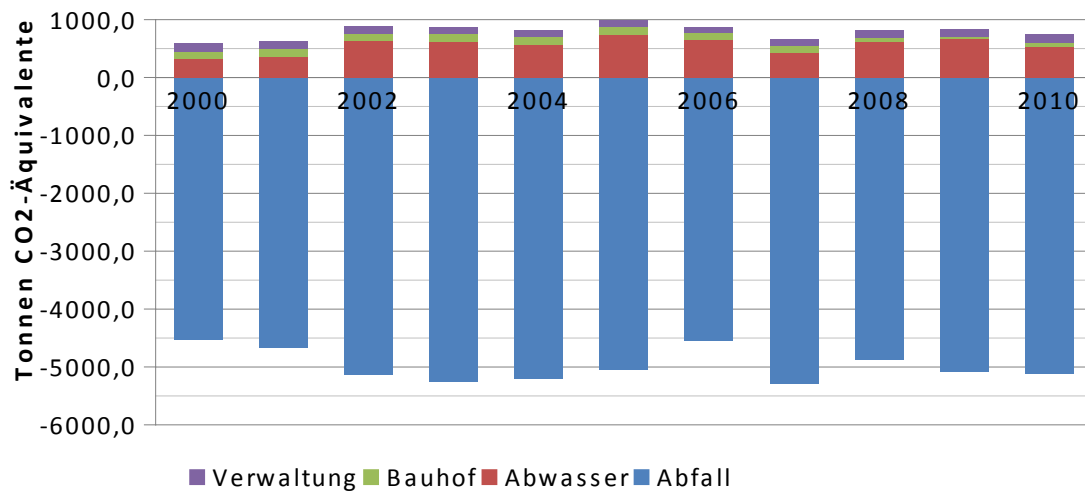


Abbildung 1 Gesamtbetrachtung der CO₂-Emission der einzelnen Betriebszweige des EWL (Quelle: CO₂-Bilanzierung der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebe der Stadt Landau in der Pfalz – EWL, März 2012)

Der EWL versteht sich als Umweltschutzbetrieb und hat bisher schon zu einer maßgeblichen Reduzierung der CO₂ – Emission der Stadt Landau beigetragen, wie der *Abbildung 1* entnommen werden kann.

II. Wirtschaftsberichte

II.1. Betriebszweig Abwasserbeseitigung

Aufgabe der Abwasserabteilung ist die Sammlung und Reinigung des kommunalen Abwassers. Dies impliziert sowohl den Betrieb als auch den Bau und die Instandsetzung der dafür notwendigen Anlagen. Die Abwasserabteilung ist in folgende Aufgabenbereiche gegliedert:

1. Kanalnetz zur Sammlung und zum Transport des Abwassers
 - 1.1. Sammler Sanierung und Erneuerung
 - 1.2. Anschlussleitung Neubau und Sanierung
 - 1.3. Erschließung neuer Gebiete
 - 1.4. Dokumentation der Anlagen und Maßnahmen im geografischen Informationssystem. Dieses stellt auch die Grundlagen für die Planung der Baumaßnahmen bereit.
 - 1.5. Unterhalt des Kanalnetzes: Reinigung, Inspektion, kleinere Reparaturen
2. Kläranlagen zur Abwasserreinigung
 - 2.1. Erneuerung der Kläranlagen und verfahrenstechnische Änderungen
 - 2.2. Betrieb der Anlagen
3. Überwachung von Indirekteinleiter (Gewerbe- bzw. Industriebetriebe)
4. Betrieb der Waage und Nachsorge der Deponien als Dienstleistung für die Abfallabteilung

Zur Erfüllung dieser Aufgaben stehen 8,35 Verwaltungsstellen der Entgeltgruppen 8 bis 11 und 9,6 gewerbliche Stellen der Entgeltgruppen 5 bis 9 zur Verfügung.

Neben dem Abwasser der Stadt Landau wird in der Kläranlage Landau-Mörlheim auch das Abwasser aus benachbarten Verbandsgemeinden gereinigt. Hierüber wurde eine Zweckvereinbarung abgeschlossen.

II.1.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gebühren des EWL bei der Abwasserbeseitigung sind im Verhältnis der rheinland-pfälzischen Abwasserbetriebe sehr günstig, wie die regelmäßige Teilnahme am rheinland-pfälzischen Abwasser-Benchmark belegt.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

Der spezifische Trinkwasserverbrauch liegt mit üblichen Schwankungen infolge der Gartenbewässerung bei rd. 170 l pro Einwohner und Tag. Dabei stiegen sowohl die Einwohnerzahl und die versiegelte Fläche in den letzten Jahren um ca. 1% jährlich. Die Gebühreneinnahmen sind deshalb mittelfristig als gering steigend anzusehen.

Das rd. 225 km lange Kanalnetz hat insgesamt einen Restbuchwert von 34% der Anschaffungskosten. Das mittlere Alter beträgt 38 Jahre. 40% der Kanäle sind schadhaft. Die aktivierbaren Investitionen lagen in den letzten Jahren in der Höhe der Abschreibungen. Da die schweren Schäden weitgehend saniert sind, wird der Anteil der nicht aktivierbaren Reparaturen zukünftig zunehmen und sich damit eine Verschiebung von den Investitionen zu den Unterhaltskosten einstellen.

II.1.2. Geschäftsverlauf

Durch die seit 2010 durchgeführten Investitionen wurde der Restbuchwert der Kläranlage wieder angehoben. Die Betriebsmittelkosten der Kläranlage sind wesentliche Kostenpositionen. Im Mittel der letzten Jahre stiegen der Strompreis um 6% und der Preis der Chemikalien um 8%. Der Preis für die Entsorgung des Klärschlammes ist konstant geblieben.

Im Betrieb der Kläranlage zeigte sich, dass die 2012 neu eingebaute Belüftung zu einer Stromeinsparung von ca. 70.000 €/a bezogen auf das Mittel der vorhergegangenen 7 Jahre führte. Bedingt durch den geringeren Strombedarf stieg die Stromeigenproduktion auf 94% des Bedarfes an. Die Investition wird sich dadurch innerhalb von 8 Jahren amortisieren. Ein weiteres Ergebnis des Umbaus ist die gleichbleibende Absetzbarkeit des Schlammes. Hierdurch konnten Chemikalien in Höhe von rd. 40.000 €/a eingespart werden.

Der zweite Bauabschnitt der Erneuerung der Elektrotechnik auf der Kläranlage wurde begonnen. Am Betriebsgebäude wurde die asbesthaltige Verschindelung durch ein Wärmedämmverbundsystem ersetzt sowie die Fenster erneuert.

Mit der Kanalsanierung in der Arbotstraße wurde das letzte Projekt des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2005/2011 ausgeführt. Die Beseitigung der bisher bekannten schweren Schäden ist damit abgeschlossen.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

Die Sanierung der leichteren Schäden gemäß Abwasserbeseitigungskonzept 2013/2019 wurde begonnen. Anders als im vorhergehenden Programm werden nun in einem abgegrenzten Stadtgebiet alle Schäden behoben. In Mörlheim und Dammheim ist die Sanierung abgeschlossen. Im Horstgebiet wurde sie begonnen.

Die gemäß Eigenüberwachungsverordnung alle 10 Jahre durchzuführende flächendeckende Untersuchung des Kanalnetzes wurde begonnen. Erste Auswertungen ergaben, dass in Godramstein die Korrosionsschäden seit 2003 deutlich zugenommen haben. Der Grund hierfür ist bisher nicht bekannt.

Das Fremdwasserbeseitigungskonzept muss weiter entwickelt werden. Anhand der Kanalbefilmung von 2013 werden Fremdwasserquellen systematisch erfasst. Die Einleitstellen von Felddrainagen werden erkundet. Die Messtechnik wurde verbessert und erweitert. Im Winterhalbjahr wurden umfangreiche Messungen durchgeführt.

Im Gewerbegebiet D9 wurden zwei weitere Straßen erschlossen. Für das Sanierungsgebiet Bürgergraben wurde die Erschließung geplant. Die Planung musste aber wegen nachträglich entdeckter Altlasten grundlegend überarbeitet werden. Die Erschließungsplanungen von D 10 und ND 8 sind in Bearbeitung. Der Fortgang dieser Arbeiten wird durch Finanzierungsprobleme der Erschließungsträger gebremst.

II.1.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken

Die Kanalsanierung im Horstgebiet und in Queichheim wird fortgesetzt. Die Planung der Kanalsanierung in Godramstein und Nußdorf wird begonnen. Hier werden auch die Anschlussleitungen auf Grundlage der neuen EN-Norm inspiziert.

Die flächendeckende Kanalinspektion wird 2014 fortgesetzt. Darauf aufbauend wird dann das Abwasserbeseitigungskonzept fortgeschrieben.

Auf der Kläranlage kann die Erneuerung der Elektrotechnik voraussichtlich 2014 abgeschlossen werden. Die Überschussschlammeindickung und die Schlammment-

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

wässerung werden erneuert. Die Planung für die Sanierung der Faultürme soll beginnen. Durch die konsequente energetische Sanierung der Kläranlage sollen die Betriebskosten und der CO₂-Ausstoß der Abwasserreinigung weiter reduziert werden.

Ab 2017 wird unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Gesetzeslage eine landwirtschaftliche Verwertung der Klärschlämme nicht mehr möglich sein. Dann muss der Klärschlamm verbrannt werden. Zur Sicherung des knappen Rohstoffes Phosphor soll dies nach dem Willen der Bundesregierung in Monoverbrennungsanlagen erfolgen. Die Klärschlammasche soll dann so lange auf Deponien abgelagert werden, bis die Methoden zur Rückgewinnung des Phosphates wirtschaftlich sind. Voraussichtlich verdoppeln sich damit die Behandlungskosten für Klärschlamm.

Bezüglich der Abwassergebühren muss ein Augenmerk auf die lokalen Kanalsanierungen gelegt werden. Wenn nach Auswertung der Kanalinspektion hier größere Reparaturen notwendig sind, die nicht den Investitionen, sondern direkt dem Aufwand zuzuordnen sind, wird wahrscheinlich eine Gebührenanpassung notwendig sein.

II.1.4. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr 2013 um 821 T€ verringert. Dies betrifft auch den Materialaufwand, der sich um 578 T€ gegenüber dem Vorjahr reduziert hat. Die Personalkosten sind aufgrund tariflicher Abschlüsse und Veränderungen für Pensions-/Beihilfeansprüche um 91 T€ gestiegen. Die Abschreibungen haben sich im Berichtsjahr um 157 T€ erhöht, welches auf einem größeren Investitionsvolumen beruht.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 476 T€ vermindert.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Grund ist die Zuführung der Ergebnisse in die allgemeinen Rücklagen.

Langfristige Anlagen sind durch das Eigenkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage hat sich im Berichtsjahr weiter verbessert.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr wieder verbessert.

II.1.5. Finanzielle Leistungsindikatoren

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2013.

II.2. Betriebszweig Abfallbeseitigung

Aufgabe der Abfallbeseitigung ist, die im Stadtgebiet bei privaten Haushalten anfallenden Abfälle zu sammeln, befördern und einer Verwertung oder schadlosen Beseitigung zuzuführen.

Ein Sammelsystem gibt es für Rest- und Bioabfälle und für Papier, Pappe und Kartonage. Sperrige Abfälle und Elektroschrott können die Bürger im Bringsystem im Entsorgungszentrum abgeben. Ebenso können Gartenabfälle und Strauchschnitt angedient werden. Gefährliche Abfälle können die Bürger bei speziellen Gefahrstoffsammlungen abgeben.

Der EWL betreibt keine eigenen Verwertungsanlagen. Zur Verwertung der Rest- und sperrigen Abfälle ist er Mitglied beim Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS). Die Abfälle werden im Müllheizkraftwerk Pirmasens verbrannt.

Die Abteilung Abfallwirtschaft und Straßenreinigung mit 4,5 Stellen ist für die Aufgaben des Betriebszweiges zuständig.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

II.2.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Stadt Landau erreicht im Bericht der Landesregierung für das Jahr 2012, neben zahlreichen anderen Kommunen, eine Verwertungsquote von 100%. Die jährliche Haushaltsrestabfallmenge lag bei 108 kg pro Einwohner. Hier weicht der Landauer Wert positiv von dem rheinland-pfälzischen Landesdurchschnitt ab, der bei 157 kg pro Einwohner und Jahr liegt. An Bioabfällen wurden 100 kg pro Einwohner gesammelt und damit deutlich mehr als im Landesschnitt, der bei 73 kg pro Einwohner lag. Die Papiererfassung lag ebenfalls mit 94 kg pro Einwohner deutlich über dem Landeswert von 86 kg.

Im Rahmen der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes des Bundes ergaben sich folgende Auflagen:

- Pflicht zur Einführung einer Biotonne ab dem 1.1.2015
Da schon eine Biotonne eingeführt ist, gibt es keine einschneidenden Änderungen. Zu klären ist allerdings, ob es auch zukünftig eine Befreiung der Biotonne bei Eigenkompostierer oder kleinen Gewerbetrieben geben kann.
- Einführung einer Wertstofftonne zum 1.1.2015
Die Einführung bis zum 1.1.2015 wird nicht möglich sein. Das beabsichtigte Wertstoffgesetz wurde nicht umgesetzt. Der Gesetzgeber muss festlegen, ob zukünftig die Wertstofftonne durch die öffentlich rechtlichen Entsorgungsträger oder durch private Unternehmen im Rahmen der Produktverantwortung aufgestellt und abgerechnet wird. Nach dem derzeitigen Stand kann eine Wertstoffsammlung nicht kostendeckend betrieben werden.

Da die Stadt Landau eine Bevölkerungszunahme verzeichnet, ergibt sich eine Zunahme des Behälterbestandes mit entsprechenden Mehreinnahmen bei den Gebühren. Hierdurch kann nach einer Reduzierung der Gebühren im Jahr 2011 seitdem das Gebührenniveau konstant gehalten werden.

Mit der Mitgliedschaft im ZAS verbunden ist die Verpflichtung, die Abfälle zur Beseitigung dem ZAS anzudienen. Diese werden im Müllheizkraftwerk (MHKW) Pirmasens verbrannt. Auf Grund der hohen Verbrennungsentgelte liegen die Abfallgebühren in Landau auf relativ hohem Niveau.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

II.2.2. Geschäftsverlauf

Trotz steigender Bevölkerungszahl hat sich die zu beseitigende Menge an Restabfall stabilisiert. Hier greift das 2011 modifizierte Gebühren- und Behältersystem. In Rheinland-Pfalz ist Landau die kreisfreie Stadt mit dem geringsten Restabfallaufkommen.

Abfallart	Mengen 2012 in Mg	Mengen 2013 in Mg	Veränderung
Abfälle zur Beseitigung			
Gesammelter Haushaltsabfall	4.737	4.752	0 %
Sperriger Haushaltsabfall	1.749	1.876	+ 7 %
Gewerbeabfälle	716	723	+ 1 %
Abfälle zur Verwertung			
Gesammelter Bioabfall	4.381	4.417	+ 1 %
Papier, Pappe, Kartonage	4.127	4.081	- 1 %
Altholz	1.953	1.949	0%
Grünschnitt	4.329	4.546	+ 5 %
Elektrogeräte (Eigenvermarktung)	111	203	+ 83 %

Wie unter II.2.3 dargestellt, wird der ZAS das Jahr 2013 mit einem Verlust von ca. 1,5 Mio. Euro abschließen. Der Verlust soll nach Vorstellungen der Geschäftsführung des ZAS im Jahr 2015 über eine Sonderzahlung der Verbandsmitglieder abgedeckt werden. Entsprechend ist eine Vorsorgeposition im Jahresabschluss zu berücksichtigen.

Die Bioabfallverwertung wurde europaweit ausgeschrieben. Unter Berücksichtigung des Klimagases CO₂ wurde der Auftrag an eine Firma in Saalfeld (Thüringen) vergeben. Seit 2013 wird der Bioabfall vor der Kompostierung in einer Vergärungsanlage energetisch verwertet.

Eine Analyse des Restabfalls wurde durchgeführt, um eine repräsentative Aussagen über die Zusammensetzung zu erhalten. Vor dem Hintergrund der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes waren insbesondere die Wertstoffe und Bioabfälle im Fokus.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

Im Papierbereich war neben einer etwas geringeren Sammelmenge auch ein Rückgang der spezifischen Erlöse zu verzeichnen. Die Erlöse ergeben sich aus den indizierten Marktpreisen des statistischen Bundesamtes. Gegenüber 2012 mit einem durchschnittlichen Erlös von 101 €/Mg reduzierte sich der Erlös 2013 auf ca. 95 €/Mg. Insgesamt konnte trotzdem ein Deckungsbeitrag für die Gebühren erwirtschaftet werden.

Zuständig für die Sammlung der Verkaufsverpackungen sind gemäß Verpackungsverordnung die Dualen Systeme. Diese bedienen sich privater Firmen, um die Verpackungstoffe haushaltsnah abzuholen. In Landau werden die sogenannten Leichtverpackungen (LVP) über Gelbe Säcke eingesammelt. Das Aufkommen liegt mit +1% leicht über dem des Vorjahres bei 1.607 Mg. Die Glasverpackungen werden mittels transparenter Säcke gesammelt. Die auf diesem Wege erfassten Mengen an Glas fielen leicht um 2% auf 1.280 Mg.

Liegenschaften

Das Gebäude Friedrich-Ebert-Straße ist neben der eigenen Nutzung auch an die Stadt Landau vermietet.

Umschlaganlage/Wertstoffhof: Im Berichtsjahr erfolgten keine wesentlichen Änderungen im Betriebsablauf der Anlage.

Die Grundstücksfläche der Bauschuttrecyclinganlage ist an die Südpfälzische Bauschutt-Recycling Landau GmbH & Co. KG (SBRL) verpachtet. Eine Vergütung erfolgt anhand des Mengeneingangs. Die Menge des angelieferten Bauschutts verminderte sich um 3% auf 46.611 Mg.

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb ist für zwei Deponiestandorte zuständig, die sich in der Nachsorgephase befinden:

- Auf der Deponie Am Roten Weg musste die Oberflächenabdichtung in Teilbereichen ertüchtigt werden. Parallel erfolgte die Installation einer großflächigen Photovoltaikanlage durch die EnergieSüdpfalz GmbH. Die entsprechende Fläche wurde an die GmbH vermietet.
- Auf dem Standort der Altdeponie „Arzheim“ steht die beantragte genehmigungsrechtliche Abnahme durch die Aufsichtsbehörde noch aus.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

II.2.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken

Allgemein verfolgt die Politik das Ziel der Sicherung der Rohstoffe. Hierzu gehören insbesondere die im Abfall enthaltenen Wertstoffe. Da die finanziellen Rahmenbedingungen und Anreize allerdings derzeit fehlen, ist eine strukturelle Neuausrichtung der Gesetze notwendig. Noch unklar ist, welche Aufgaben hier den öffentlich rechtlichen Entsorgungsträgern zukommen soll.

Landau hat eine relativ geringe Menge an Restabfall und erreicht heute schon die Zielzahlen für das Jahr 2025, die das Land Rheinland-Pfalz in seinem Abfallwirtschaftsplan 2013 vorgeben hat. Die Daten des Planes belegen, dass allgemein die Restabfallmengen weiter sinken werden. Dies hat negative Folgen auf die Auslastung der Müllheizkraftwerke. Auf dem Markt gibt es aktuell schon Überkapazitäten, die sich weiter erhöhen werden. Somit ist mit weiter sinkenden Marktpreisen zu rechnen. Hier wird das Müllheizkraftwerk Pirmasens zukünftig nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Schon heute ist das MHKW eines der teuersten im Umkreis, was die Akquise von Abfällen zur Beseitigung oder Verwertung erschwert.

Seit der Inbetriebnahme des MHKW 1999 sind die Abfallmengen, die von den Verbandsmitgliedern angeliefert wurden von ca. 94.500 Mg auf 73.220 Mg zurückgegangen. Dieser Trend wird sich auch weiterhin, unterstützt durch die Gesetzgebung, fortsetzen.

Gegenüber der kalkulierten Verbrennungsmenge von 178.000 Mg konnten lediglich 167.490 Mg dem MHKW angedient werden. Hier ist der Trend weg von der thermischen Verwertung hin zur stärkeren stofflichen Verwertung der Abfälle aus dem Bereich der gewerblichen Abfälle und Wertstoffe der Dualen Systeme bemerkbar. Aufgrund der weiteren Entwicklung des Entsorgungsmarkts im Hinblick auf Verbrennungsüberkapazitäten in Deutschland ist mit steigenden Entsorgungskosten für die Verbandsmitglieder zu rechnen. Gleichzeitig sind die Erlöse aus dem Verkauf elektrischer Energie auf Grund der Energiewende gesunken – auch hier ist keine Änderung der Situation absehbar.

Hier liegt das größte wirtschaftliche Risiko für den Betriebszweig. Laut ZAS-Geschäftsbericht 2013 betrugen die Ist-Kosten der Restabfallentsorgung für die Verbandsmitglieder pro Tonne angelieferten Abfalls 259,77 € gegenüber den

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

von der Verbandsversammlung festgelegten Kosten von 239,70 €. In der Summe ergibt sich somit ein Verlust von 1,47 Mio. €. Der Verlust soll im Jahr 2015 über eine Sonderumlage durch die Verbandsmitglieder ausgeglichen werden. Auf den EWL entfällt somit auf Basis der angelieferten Restabfallmenge von 7.052,09 Mg ein Anteil von 141.535 €.

Derzeit plant ein privates Unternehmen in der Nachbarschaft der Verbrennungsanlage eine Klärschlamm-trocknungsanlage zu bauen. Wird es möglich die Abgabe von Abwärme aus dem MHKW für die Klärschlamm-trocknung zu steigern, erhöht sich die Energieeffizienz der Anlage. Dies ist wichtig zum Erhalt des Status des Müllheizkraftwerkes als Anlage zur Verwertung. Nur bei Erhalt dieses Status können weiterhin gewerbliche Abfälle (Abfälle zur Verwertung) angenommen und verbrannt werden.

Aktuell laufen Untersuchungen über die Zukunft des MHKW Pirmasens. Es wird geprüft, durch welche Maßnahmen die Ertragslage verbessert werden kann oder unter welchen Prämissen im Extremfall die Anlage geschlossen werden kann.

Um der Aufgabe einer Ressourcen schonenden Kreislaufwirtschaft gerecht zu werden, muss die Wertstoffannahme optimiert werden. Dies kann an der bestehenden Anlage nicht realisiert werden. Auf einer dem EWL gehörenden Fläche im Industriegebiet F6 ist ein Neubau vorgesehen.

Auf Basis der 2013 durchgeführten Restabfallanalyse wird geprüft, welche Wertstoffe wirtschaftlich getrennt erfasst werden können. Somit kann das Restabfallvolumen zur Beseitigung reduziert und gleichzeitig könnten Einnahmen durch Vermarktung von Wertstoffen erzielt werden. So werden seit der Neuausschreibung der Altholzverwertung erstmals Erlöse erzielt.

Durch die komplette Ausstattung aller Abfallsammelgefäße des EWL mit Identifikations-Chips ist eine gute Auswertungsgrundlage geschaffen. Diese ermöglicht eine schnelle Auswertung von Betriebsdaten. Ein positiver Nebeneffekt ist, dass nur angemeldete Behälter, für die auch Gebühren entrichtet werden, geleert werden.

Der EWL ist Inhaber der Betriebsgenehmigung der Bauschuttrecyclinganlage. Betrieben wird sie durch einen privaten Dritten. Für die Aufsichtsbehörde ist der

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

EWL verantwortlich für die Einhaltung der Genehmigungsauflagen. Dieser Zustand ist auf Dauer nicht tragfähig. Zur Minimierung des Risikos ist es erforderlich, die Genehmigungen auf den Betreiber zu übertragen. Mit dem Betreiber wurde eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen, dass spätestens 2016 der Betreiber auch Genehmigungsinhaber sein soll.

II.2.4. Lage**a) Ertragslage**

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr 2013 nur geringfügig verringert. Der Materialaufwand hat sich demgegenüber 254 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht. Ursache sind die erhöhten Aufwendungen für Abfallbeseitigungskosten beim ZAS. Die Personalkosten sind aufgrund tariflicher Abschlüsse und Veränderungen für Pensions-/Beihilfeansprüche leicht angestiegen. Die Abschreibungen haben sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Das Finanzergebnis hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 177 T€ verbessert. Grund sind die Zinsveränderungen im Bereich des BilMoG für die Rückstellungen der Altdeponien.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 359 T€ vermindert.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Grund ist die Zuführung der Ergebnisse in die allgemeinen Rücklagen.

Langfristige Anlagen sind durch das Eigenkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage hat sich im Berichtsjahr weiter verbessert.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls verbessert.

II.2.5. Finanzielle Leistungsindikatoren

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2013.

II.3. Betriebszweig Straßenreinigung

II.3.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Stadt Landau ist das wirtschaftliche Zentrum der Südpfalz. Neben den Industrie- und Gewerbebetrieben hat insbesondere der innerstädtische Handel eine große wirtschaftliche Bedeutung. Dabei muss die Stadt Landau zur Weiterentwicklung des Handels ein attraktives Erscheinungsbild pflegen, als wichtiger weicher Standortfaktor. Dieses wird maßgeblich durch die Sauberkeit von Straßen und Plätzen beeinflusst. Der EWL kann dabei im Rahmen seiner Zuständigkeit für die öffentliche Straßenreinigung das Stadtbild aktiv beeinflussen.

Die Abteilung Abfallwirtschaft und Straßenreinigung mit 4,5 Stellen ist für die Aufgaben des Betriebszweiges zuständig.

II.3.2. Geschäftsverlauf

Zum 1. Juli 2012 wurde nach europaweiter Ausschreibung der maschinellen öffentlichen Straßenreinigung (Reinigungsstufe I und IV) an eine externe Firma vergeben. Zum gleichen Zeitpunkt hat der Bauhof die maschinelle Reinigung der Fußgängerzone übernommen (Reinigungsstufe II und III) und führt zusätzlich viermal wöchentlich die Grobreinigung (manuelle Reinigung) in diesem Bereich durch. Nach Abschluss der Baumaßnahme Mitte des Jahres 2013 wurde der Untertorplatzes in die Reinigungsstufe III und die Zeughausgasse in die Reinigungsstufe II eingestuft.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

Durch den Abschluss der Baumaßnahmen in der Südstadt zum 31.12.2013 wurde die öffentliche Straßenreinigung zum Jahreswechsel wieder aufgenommen, nachdem diese über ein Jahr lang ausgesetzt war.

Es wurden 2013 wöchentlich ca. 110 km Fahrbahnen und ca. 34.000 m² Fußgängerzone / verkehrsberuhigte Bereiche gereinigt. Wegen Eis bzw. Schneefall war eine maschinelle Reinigung an 31 Tagen (2012: 20 Tage) nicht möglich.

Der im Jahre 2009 gegründete „Arbeitskreis Stadtbildpflege“ hat im Jahre 2013 einmal getagt. Durch die direkte moderierte Kommunikation der Fachämter können eine Vielzahl problematische Punkte im Stadtgebiet effizient gelöst werden.

Das im Jahre 2012 neu eingeführte „Scherbentelefon“ beim EWL wird von der Bevölkerung gut angenommen. In dem Berichtszeitraum gingen insg. 92 Meldungen über Verschmutzungen auf Rad- und Feldwegen, Straßen und anderen öffentlichen Plätzen ein. Innerhalb von 48 Stunden waren alle Verunreinigungen beseitigt ob Scherben, wilde Müllhalden oder Anderes. Die Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachabteilungen funktionierte problemlos.

II.3.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken

Die extern beauftragte Reinigungsfirma hat äußerst knapp kalkuliert. Sie versucht eine höhere Vergütung durch Geltendmachung von Leistungerschwernisse zu begründen. Diese mussten bisher abgelehnt werden, da alle bisher vorgebrachten Sachverhalte durch die Ausschreibung abgedeckt sind. In Gesprächen wurden verschiedene Einzelmaßnahmen und Verfahrensweisen abgestimmt, die zur Verbesserung der Situation führen sollten.

Im Berichtsjahr wurden die Baumaßnahmen in der Fußgängerzone abgeschlossen und Unterflurbehälter installiert, um das Fassungsvermögen der Papierbehälter an besonders frequentierten Straßen und Plätzen zu erhöhen.

Der Arbeitskreis Stadtbildpflege wird im Jahre 2014 schwerpunktmäßig mit den Vorbereitungen zur Landesgartenschau beschäftigt sein. Dabei wird ein Reinigungsplan erstellt werden, aus dem sich die „Brennpunkte“ mit häufiger Reinigung und nachgeordnete Bereiche ablesen lassen.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

Die Einbeziehung der öffentlichen Abfallbehältnisse in den Reinigungsklassen I und II wird geprüft, zur Entlastung des städtischen Haushalts.

Durch die älter werdende Bevölkerung ist zu prüfen, ob die öffentliche Straßenreinigung auf weitere Stadtteile ausgeweitet werden sollte.

II.3.4. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr 2013 um 21 T€ erhöht. Beim Materialaufwand hat sich demgegenüber nur eine geringfügige Veränderung ergeben. Die Personalkosten haben sich um 44 T€ vermindert. Wesentlicher Grund sind Veränderungen für Pensions-/Beihilfeansprüche.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 34 T€ verbessert.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Grund ist die Zuführung der Ergebnisse in die allgemeinen Rücklagen.

Langfristige Anlagen sind durch das Eigenkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage ist unverändert gut.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls verbessert.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

II.3.5. Finanzielle Leistungsindikatoren

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2013.

II.4. Betriebszweig Bauhof

Der Betriebszweig Bauhof wird durch die gleichnamige Abteilung geführt. Im Jahresdurchschnitt umfasste die Abteilung 49 Beschäftigte, davon 5 Angestellte. Im Betriebszweig sind die gewerblichen Dienstleistungen des EWL gebündelt. Ein Großteil davon sind Dienstleistungen für die Stadt Landau als Einrichtungsträger. Der Bauhof gliedert sich in folgende Sparten:

- 8641 Verwaltung
- 8642 Grünpflege
- 8644 Stadtreinigung
- 8643 Straßenunterhalt
- 8645 Werkstatt/Lager/PSA
- 8646 Stadtteilservice

II.4.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Ungefähr ein Drittel der Umsätze des Bauhofes sind EWL-interne Umsätze, die überwiegend für die Betriebszweige Abfallbeseitigung und Straßenreinigung erbracht werden. Der Hauptumsatz wird für die Stadtverwaltung und deren Eigenbetriebe erbracht.

Strukturell muss der Bauhof sich mit externen Firmen vergleichen. Eine wesentliche Rolle spielt hier das Lohnniveau. Der EWL vergütet seine Beschäftigten entsprechend dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD). Demgegenüber differieren die Löhne externer Firmen teilweise erheblich. Gegenüber der Baubranche sind die Löhne wettbewerbsfähig. Im gärtnerischen und dem Entsorgungsbereich liegen die Löhne der Privatwirtschaft deutlich unter dem Niveau des TVöD. Hier muss der Bauhof durch schnelle Verfügbarkeit und Qualität der Arbeit die Lohnnachteile kompensieren.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für den Bauhof ist die Krankenquote. Entgegen dem Trend der vergangen Jahre mit steigender Krankenquote sank diese im Jahr 2013.

II.4.2. Geschäftsverlauf

Sparte Stadtreinigung

Die Sparte hat zwei Gruppen, die klassische Abfallsammlung und die Straßenreinigung.

Abfallsammlung

Die Gruppe sammelt im Auftrag der Abteilung Abfallwirtschaft und Straßenreinigung die Rest- und Bioabfälle und Papier, Pappe und Karton ein. Seit 2011 sind die Abfallgefäße mit einer Identifizierung ausgestattet. Hierdurch ergeben sich deutliche Verbesserungen der Reklamationsbearbeitung. Alle Leerungsdaten sind ersichtlich und können zu unterschiedlichen Auswertungen genutzt werden. Meldungen, die bei der Entleerung der Müllbehälter vom Personal am Fahrzeug erzeugt wurden, können direkt zu Serviceaufträgen genutzt werden. Der Bauhof ist auch für das Behältermanagement (Ausgabe, Tausch, Rücknahme) zuständig.

Mit der Einführung von zwei- oder vier-wöchentlicher Leerung der Restmüllgefäße hat sich der zeitliche Rahmen der Abfuhrtage während der Restmülltouren verändert. Stehen bei der vierwöchentlichen Leerung fast alle Restmüllgefäße zur Abholung bereit, so fallen bei der 14-täglichen Leerung nur etwa 60 % der Mengen an.

2013 wurde ein kleines Pressmüllfahrzeug gekauft, das für Sammlung von Abfällen in engen Straßen und bei der Stadtreinigung im Einsatz ist.

Kurzfristige, aber auch langfristige Personalausfälle bei der Müllabfuhr mussten durch Mitarbeiter aus der Sparte Straßenunterhalt ausgeglichen werden. Somit wurden im Jahr 2013 rund 13 % der Leistungserbringung „Müllabfuhr“ durch Mitarbeiter des Straßenunterhaltes erbracht.

Stadtreinigung

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

Die Stadtreinigung ist zuständig für die Leerung der öffentlichen Papierbehälter im gesamten Stadtgebiet, die Reinigung der Straßen, Wege und Plätze in den Reinigungsbezirken II und III sowie für sonstige Sonderaufträge. Hierzu steht eine kleine Reinigungsmaschine zur Verfügung.

Sparte Grünpflege

Die Sparte ist nur für die Stadt tätig. Schwerpunkt ist hierbei die Pflege der städtischen Parks. Teilweise werden aber auch Sonderaufträge bei sonstigen städtischen Grünflächen und Spielplätzen abgearbeitet, insbesondere im Sommer bei der Bewässerung von Bäumen. Teilweise wünschen die städtischen Dienststellen, dass mehr Aufträge abgearbeitet werden, dies ist aber auf Grund der relativ geringen Personalausstattung der Sparte nicht möglich.

Befristet konnte eine Stelle im Rahmen der Vorbereitung der Landesgartenschau 2015 besetzt werden. Zusätzlich wurden vier Kräfte, gefördert vom Job-Center, eingestellt. Im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme für langjährige Arbeitslose konnten verbilligte Arbeitskräfte zur Pflege der Grünanlagen der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Die Maßnahme ist zum Januar 2014 ausgelaufen.

Sparte Straßenunterhalt

Die Sparte ist für den baulichen Unterhalt der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze, Beschilderung und Markierung im Auftrag des Stadtbauamtes tätig. Hier sind die meisten Fahrzeuge und Geräte im Einsatz. Auch hier wünschen die Auftraggeber eine höhere Leistungsfähigkeit der Sparte. Dies kann nur mit einer Aufstockung von Mitarbeiter erreicht werden. Befristet konnten in Vorbereitung zur Landesgartenschau zwei Stellen eingerichtet werden. Die städtischen Fachdienststellen müssen sich darüber hinaus über Fremdvergaben behelfen.

Der Straßenunterhalt stellt das Rückgrat des Winterdienstes dar. Während für den Winter 2012/2013 ein hoher Personal- und Materialeinsatz notwendig war, fiel der Winter 2013/2014 deutlich milder aus.

Sparte Stadtteilservice

In dieser Sparte sind Mitarbeiter, die den einzelnen Ortsteilen direkt zugeordnet werden. Problematisch ist die Auftraggeber-Situation. Die meisten Aufträge werden über die Ortsvorsteher erteilt, in Rechnung gestellt werden die Leistun-

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

gen aber unterschiedlichen Fachämtern. Hier kommt es immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten, die einer Klärung bedürfen. Die Bandbreite der Leistungserbringung ist groß. Die wichtigsten Aufgaben sind die Grünflächenpflege vor Ort, Hausmeistertätigkeiten und Reinigungstätigkeiten. Die Anforderungen an die Mitarbeiter steigen. Es können nicht alle gewünschten Leistungen erbracht werden.

Durch den verhältnismäßigen milden Winter konnte der Winterdienst durch die Mitarbeiter in einem vertretbaren Zeitrahmen abgearbeitet werden.

Stellenplan und Krankheitsquoten

Im Jahr 2012 waren 49 Stellen im Stellenplan des Bauhofes aufgeführt. Innerhalb einer Vorruhestandsregelung schied ein Gärtner aus, so dass für das Jahr 2013 noch 48 Stellen vorgehalten werden. Dies entspricht den Vorgaben bezüglich der Besetzung des Bauhofes aus dem Jahr 2005. Es gibt zwar immer wieder Wünsche zur Personalaufstockung aus Fachbereichen an den EWL, jedoch liegen bisher keine schriftlichen Anträge zur Personalmehrung vor. Die Krankheitsquote im gesamten Bauhof lag im Jahr 2013 bei 8,2 % und damit deutlich unter dem Wert aus 2012 von 11,2 %.

II.4.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken

Für alle Aufgabenbereiche des Bauhofes müssen auf Grund der personellen Vorgaben die Auftragserledigung auf wesentliche Kernaufgaben begrenzt werden. Nur in enger Zusammenarbeit und konkreter Leistungsdefinition mit den Auftraggebern ist dauerhaft eine zufriedenstellende Arbeitssituation herzustellen.

Die Einführung von Mindestlöhnen auf Bundesebene wird das Auseinanderklaffen der Löhne von privaten Unternehmen gegenüber dem TVöD insbesondere in den Bereichen Grünpflege und Stadtreinigung nicht verhindern. Nur im Bereich des Straßenunterhaltes können wir die Leistungen zu ähnlichen Konditionen anbieten. Somit muss der Bauhof sich auf Kernbereiche konzentrieren und in diesen seine Stärken ausbauen. Ein wesentlicher Vorteil ist die schnelle und unkomplizierte Verfügbarkeit in dringenden Fällen.

Die Transparenz der Leistungserbringung zu erhöhen wird ein weiterer Schwerpunkt sein müssen. Durch entsprechende Angebote an die Auftraggeber über

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

das EWL-eigene Auftragsprogramm einfach und komfortabel Abfragen über Erledigung und Budgetstand zu erhalten, soll das Vertrauen und die Kundenbindung verstärkt werden.

Die begonnene Umstellung des Fuhrparks mit Multifunktionsfahrzeugen wird weitergeführt. Hierdurch können die Fahrzeuge schnell, ohne langwierige Umrüstungen, für andere Einsatzzwecke genutzt werden.

Spartenübergreifende Teamarbeit, unter Ausnutzung der maschinellen Ausrüstung des Bauhofes, sollen künftig die Produktivität der Auftragserledigung erhöhen.

Inzwischen sind drei Mitarbeiter erkrankt oder haben körperliche Beeinträchtigung, die zu Leistungsminderungen führen. Kurz- bis mittelfristig ist zu erwarten, dass die Leistungsminderung sich verstärkt. Ersatzarbeitsplätze können nicht angeboten werden, auch auf Grund fehlender Qualifikation. Bedingt durch das öffentliche Dienstrecht ist eine krankenbedingte Kündigung sehr schwierig. Dies führt zu einer finanziellen Belastung, die eine Erhöhung der Stundenverrechnungssätze zur Folge haben wird.

II.4.4. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr 2013 um 60 T€ erhöht. Der Materialaufwand hat sich dem entsprechend um 43 T€ erhöht. Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich insbesondere durch Erstattungsansprüche für Personalkosten um rd. 100 T€ im Berichtsjahr erhöht.

Die Personalkosten sind im Vergleich zum Vorjahr um 215 T€ höher. Wesentlicher Grund ist die zeitlich befristete zusätzliche Beschäftigung von mehreren Mitarbeitern im Berichtsjahr. Die Abschreibungen haben sich im Berichtsjahr um 27 T€ erhöht, welches auf einem größeren Investitionsvolumen beruht.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 104 T€ verringert.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Grund ist die Zuführung der Ergebnisse in die allgemeinen Rücklagen.

Langfristige Anlagen sind durch langfristiges Fremdkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage hat sich im Berichtsjahr verringert.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert.

II.4.5. Finanzielle Leistungsindikatoren

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2013.

II.5. Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau

Mit dem Zuschlag des Landes Rheinland-Pfalz an die Stadt Landau im Jahr 2014 die Landesgartenschau auszurichten, wurde zum 01.07.2010 der Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau gegründet. Wesentliche Aufgabe ist die planerische Vorbereitung und Umgestaltung des Umfeldes der Landesgartenschau.

Geführt wird der Betriebszweig durch die Projektabteilung. 2013 wurde die Abteilung in „Projektabteilung“ umbenannt.

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

II.5.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Landesgartenschau wurde auf Grund von Bombenfunden in das Jahr 2015 verschoben. Parallel erhielt die Projektteilung den Auftrag, die notwendige Kampfmittelräumung vorzubereiten und zu begleiten.

Neben der Projektsteuerung für die vorgenannten Projekte wurde auch ein Gebäude umgebaut und dient der Landesgartenschau gGmbH als Geschäftsstelle. Das Gebäude soll nicht im Eigentum des EWL verbleiben, sondern spätestens nach der Landesgartenschau veräußert werden. Nach Problemen in Folge von Geländehebungen im Umfeld des nahe liegenden Geothermie-Kraftwerks hat sich die Situation auf dem Immobilienmarkt in Landau für einen Verkauf wieder verbessert.

II.5.2. Geschäftsverlauf

Die Stellenentwicklung folgte der Aufgabenentwicklung. Von ehemals 4,75 Stellen sind 2,5 Stellen übrig geblieben.

Baumaßnahmen

Folgende Projekte wurden 2013 betreut:

- Neubau „Brücke Ost“ über die Bahngleise
- Neubau „Brücke Süd“, in Verbindung mit dem Abbruch der bestehenden Sandstein-Brücke
- Herstellung des ersten Erschließungsabschnittes des „Wohnparks Am Ebenberg“
- Anbindung der Südstadt bzw. „Wohnparks Am Ebenberg“ unmittelbar an die Queichheimer Brücke über die Paul-von-Denis-Straße
- Der Bau der Park- & Ride-Anlage östlich des Hauptbahnhofes
- Sanierung und Herstellung des Verbindungsweg vom Hauptbahnhof zur „Brücke Ost“
- Herstellung Bahnhofshaltepunkt Landau Süd
- Kampfmittelräumung auf Teilflächen des „Wohnparks Am Ebenberg“

Folgende Projekte wurden 2014 zusätzlich übernommen:

- Zweiter Erschließungsabschnitt im „Wohnpark Am Ebenberg“
- Betreuung der Erstellung einer Kampfmittelbelastungskarte für das gesamte Stadtgebiet Landaus
- Austausch einer Schlammentrifuge auf der Kläranlage

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

- Neubau eines Wertstoffhofes

II.5.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken

Die vorgesehene Auflösung des Betriebszweiges zum Ende des Jahres 2014 kann nicht erfolgen. Durch die Verschiebung der Landesgartenschau muss das Gebäude länger im Eigentum gehalten werden. Es werden Gespräche mit Interessenten geführt so dass erwartet wird, dass spätestens 2015 das Gebäude verkauft wird.

Im Jahr der Landesgartenschau wird das Gebäude vollständig vermietet sein.

Mit Ablauf des Jahres 2014 wird allerdings die Projektteilung aufgelöst. Bis auf den Neubau des Wertstoffhofes werden die Projekte abgeschlossen sein.

II.5.4. Lage

a) Ertragslage

Die Erträge haben sich im Berichtsjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 72 T€ verringert. Dies beruht auf der Reduzierung der Kostenerstattung für Personalkosten seitens des Einrichtungsträgers. Die Personalkosten sind durch die Reduzierung der Beschäftigtenzahl im Vergleich zum Vorjahr um 70 T€ geringer.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Langfristige Anlagen sind durch langfristiges Fremdkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage hat sich im Berichtsjahr verringert.

c) Vermögenslage

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

Die Vermögenslage des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

II.5.5. Finanzielle Leistungsindikatoren

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2013.

III. Nachtragsbericht

Es liegen keine neuen Erkenntnisse vor.

IV. Allgemeiner Prognosebericht, Chancen und Risikobericht

Allgemein für den Bestand einer Anstalt des öffentlichen Rechts ist die Umsetzung der Mehrwertsteuersystemrichtlinie in die deutsche Steuergesetzgebung von großer Bedeutung. Die Finanzbehörden der Länder beraten schon über 2 Jahre, wie die Richtlinie im Hinblick auf öffentliche Betriebe und interkommunale Zusammenarbeit umgesetzt werden kann. Es gibt lediglich verlässliche Informationen über die Einräumung einer Übergangsfrist bis 2018.

Die Tarifstruktur des öffentlichen Dienstes stellt ein Risiko dar. Es wird immer schwieriger, hoch qualifizierte Beschäftigte im Ingenieur- und Technikbereich einzustellen. Demgegenüber ist das Lohnniveau des TVöD für einfache Tätigkeiten im gewerblichen Bereich hoch und gefährdet die Wirtschaftlichkeit gegenüber privaten Unternehmen.

Die wesentlichen Risiken für die Gebührenhaushalte sind, getrennt nach Betriebszweige:

- Betriebszweig Abwasserbeseitigung
 - o Klärschlamm Entsorgung. Durch das Auslaufen der Klärschlammverordnung wird die Düngemittelverordnung voll auch für Klärschlämme Gültigkeit haben. Die Bundes- und Landesregierung will

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

zudem die Monoverbrennung für Klärschlamm verbindlich einführen und die Rückgewinnung der im Klärschlamm gebundenen Phosphate vorschreiben. So lange die Rückgewinnung nicht wirtschaftlich durchführbar ist, soll der Klärschlamm auf Monodeponien zwischengelagert werden. Dies wird die Kosten der Klärschlammverwertung deutlich erhöhen.

- o Interkommunale Zusammenarbeit. Dies eine große Chance die Abwasserbeseitigung als hoheitliche Aufgabe wirtschaftlicher erbringen zu können.
- Betriebszweig Abfallentsorgung
 - o Der Betrieb des Müllheizkraftwerkes (MHKW) Pirmasens stellt hier ein erhebliches Risiko für den Gebührenzahler und die Stadt Landau als Einrichtungsträger dar. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des MHKW sind ungünstig, wie unter II.2.3. erläutert.
- Betriebszweig Straßenreinigung

Es liegen keine wesentlichen Risiken vor. Der Bereich ist von großer Bedeutung für die Entwicklung der Stadt als Einkaufszentrum der Südpfalz und muss unter Hinblick einer stärken Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt und ihrem Quartier weiter entwickelt werden.
- Betriebszweig Bauhof

Die Entwicklung der Lohnschere zwischen Unternehmen der freien Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst ist ein wirtschaftliches Risiko. Die Stundenverrechnungssätze für einfache Tätigkeiten liegen deutlich über den Angeboten der freien Wirtschaft. Durch entsprechenden Service, wie schnellere Verfügbarkeit und transparente Abrechnung muss dieser Nachteil ausgeglichen werden.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Soweit als möglich werden öffentliche Förderprogramme oder zinsgünstige Darlehen zur Finanzierung der hoheitlichen Aufgaben eingesetzt. Aufgrund der ge-

Lagebericht zum Jahresabschluss 2013

ringen Entgeltbelastung im Bereich der Abwasserentsorgung können keine Fördermittel beantragt werden.

Über die üblichen Darlehen hinaus wurden keine weiteren Finanzinstrumente verwendet.

VI. Bericht über Zweigniederlassungen

Außerhalb des Gebietes der kreisfreien Stadt Landau hat der EWL keine Niederlassungen.

Aufgestellt:

Landau in der Pfalz, den 14. Juli 2014

Bernhard Eck
Vorstand